

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

p/II/17

Hannover, 25. Februar 1947
Telefon 20 951

Die bessere Grenze

von PAUL POMMER, Hannover

Eines der am meisten unstrittenen Kapitel wird in Moskau die deutsche Ostgrenze sein. In diesen Tagen lasen wir in einer Vorbetrachtung zur Moskauer Konferenz, dass die Sowjetunion, die die polnische Westgrenze an Oder und Lausitzer Neiße anerkannt habe, damit zugleich ihre eigene Grenze verteidigen wolle und werde. Sie werde deshalb gegen die amerikanisch-britischen Bestrebungen Stellung nehmen, die den Polen in Potsdam 1945 zur Verwaltung überlassenen deutschen Gebiete nicht auch als polnisches Staatsgebiet anzuerkennen. Wir meinen, dass diese Schlussfolgerung nicht zwingend ist und dass sie auch nicht im Interesse der Sowjetunion liegen würde.

Es hat schon einmal eine Äusserung eines Staatsmannes gegeben, die eine Grenzziehung in Deutschland betraf: Baldwin hatte einmal den Rhein als die Grenze Grossbritanniens erklärt. Er hat damit nicht gemeint, daß sich das britische Hoheitsgebiet bis an den Rhein erstrecken müsse. Auch die Moskauer Regierung wird sicher nicht beabsichtigen, ihre Zuständigkeiten bis an die Oder und die Lausitzer Neiße auszudehnen. Beide Male sind politische Grenzen gemeint und die Äusserungen zielen auf eine imaginäre Sicherung, deren die Mächte zu bedürfen glauben.

Muss die Zukunft Europas so gestaltet werden, dass sich zwei Interessengebiete so scharf gegenüberstehen? Gibt es nicht eine bessere Grenzziehung, eine vernünftiger und dauerhaftere Art von Grenzen als die, die durch Grenzpfähle oder Interessenzonen markiert wird? Fürde diese Frage verneint werden müssen, so wäre jeder Versuch, Deutschland wieder aufzuhelfen, vergeblich und zum Scheitern verurteilt. Es gibt eine bessere Sicherung für den Frieden Europas und für die friedliche Arbeit in allen Ländern dieses Erdteiles, wie verschieden immer auch die

3/II/17

- 2 -

spd / 25. Februar 1947

Prinzipien der Staatsführung und der Lösung der gesellschaftlichen und ökonomischen Aufgaben in den Ländern sein mögen. Es gibt den guten Willen und er muss eine Lösung finden helfen, durch die das Bewusstsein der Sicherheit in den Völkern fester verankert ist als durch die Tatsache, dass Grenzpfähle hier oder dort stehen und Grenztruppen an Strömen wache halten, die für die moderne Kriegstechnik so gut wie überhaupt kein Hindernis bedeuten.

Die Regierung der Sowjetunion, so lasen wir in einem anderen Beitrag zur bevorstehenden Moskauer Konferenz, die das lebhafteste Interesse beanspruchen darf, werde deshalb entschieden auf die baldige Errichtung einer Deutschen Zentralregierung drängen, weil sie hoffen können, dass in absehbarer Zeit noch die SED in der Ostzone einen massgeblichen Einfluss in einer solchen Regierung ausüben würde. Das werde nicht immer so bleiben, und die russischen Politiker realisierten diese unverkennbare Entwicklung. Auch hier liegt der Schlussfolgerung eine irrtümliche Auffassung von der Bedeutung der in Deutschland vorhandenen politischen Kräfte zugrunde. Wir können nicht glauben, dass die Sowjetregierung so unklug ist, den Koloss auf tönernen Füßen, den die SED darstellt, als die einzige Garantie einer freundlichen oder freundschaftlichen Nachbarschaft Deutschlands anzunehmen. Es gibt andere, gewichtigere Potenzen der deutschen Politik, mit denen zusammen eine echte und wie wir meinen wirklich dauerhafte Lösung des russisch-deutschen Verhältnisses und überhaupt der deutschen Frage, wie sie sich für alle Völker Europas stellt, möglich und jedenfalls zweckmässiger wäre. Es wird darauf ankommen, die breite Masse des deutschen Volkes dafür zu gewinnen, dass sie Vertrauen gegenüber der Sowjetunion und ihrer Deutschlandpolitik bekommt und dass in ihrem Empfinden das Fundament für eine dauerhafte Verständigung zweier Völker gelegt wird, die einander viel zu geben haben.

Uns will scheinen, dass es von grösserer Weitsicht zeugen würde, wenn die Moskauer Konferenz von allen Beteiligten dazu benutzt werden würde, eine Politik auf der Grundlage solcher Überlegungen zu betätigen. Freilich, es käme für den Effekt auf sichtbare Folgen an. Der vergangene Krieg hat gezeigt, dass Wälle aus Stahl und Beton gegen moderne Waffen unnütz sind. Solche Demonstrationen könnten mit hunderttausenden von Toten und zerstörten Städten eindrucksvoll und überzeugend dargetan werden. Die Errichtung neuer (und wenn auch unsichtbarer) Wälle brächte keine Änderung der geistigen Haltung der Völker. Man kann Machtpositionen scheinbar abbauen, indem man auf Ausübung der Macht verzichtet und kann dadurch die eigene Macht tatsächlich stärken. So jedenfalls lehrt die Entwicklung des britischen Commonwealth. Die Voraussetzung für die Betätigung einer solchen Politik gegenüber Deutschland wäre freilich der Glaube daran, dass das deutsche Volk fähig zur Anwendung der Vernunft auch in der Politik ist. Da liegt die deutsche Aufgabe. Die Mächte, die in Moskau beraten und beschlossen werden, sollten eine Erziehung der Deutschen in diesem Sinne nicht unmöglich machen, sie sollten sie erleichtern.

Amerika und Deutschland

"Socialismus in Europa ist notwendig", - sagt Walter Lippmann
von Erich Schmidt

Als der inzwischen zurückgetretene amerikanische Aussenminister James Byrnes Anfang September des vergangenen Jahres in Stuttgart die Grundsätze darlegte, von denen sich die Vereinigten Staaten in ihrer Haltung gegenüber Deutschland leiten lassen, war durch weite Kreise der deutschen Bevölkerung eine Welle hoffnungsvoller Erwartung gegangen. Jedem verantwortlichen deutschen Beobachter war sich sehr deutlich klar, dass das Schicksal des zukünftigen Deutschlands nicht nur von den Vereinigten Staaten entschieden, dass aber dessen ungeachtet die amerikanische Haltung ein sehr grosses Gewicht bei dieser Entscheidung haben wird.

Inzwischen scheinen die im vergangenen Herbst entfalteten Hoffnungen von dem Dismuch dieses Winters, der so viel verschärfte Entbehrungen und Leiden mit sich gebracht hat, in alle Winde geblasen zu sein. Es ist vielfach der Eindruck entstanden, als ob die Versprechungen von Stuttgart längst bereits wieder in Vergessenheit geraten sind oder dass ihre Verwirklichung mit so grosser Verspätung kommen wird, dass eine Katastrophe eintritt nicht mehr verhindert werden kann. Kein Zweifel, dass Deutschland in diesen Wintermonaten einen sehr ernsten Rückschlag erlebt hat. Die Ursache dasselben ist gewiss einmal in der Tatsache zu suchen, dass die Einigung der Alliierten über Deutschland so langsame Fortschritte macht, dann aber vor allem darin, dass durch die diversen Kältezeiten die ersten hoffnungsvollen Ansätze für eine Erholung des zerstörten deutschen Wirtschafts- und Transportsystems praktisch wieder vernichtet gemacht worden sind. Wenn auch die neu entstandenen Schäden zweifellos noch lange nachwirken werden, so kann man doch annehmen, dass die wenigstens zum Teil durch bestimmte fortschrittliche Entwicklungen, die seit Stuttgart zu verzeichnen sind, wieder wett gemacht werden können.

Eine dieser Tendenzen liegt in der offiziellen amerikanischen Haltung gegenüber Deutschland in der Frage der grösseren Selbständigkeit der deutschen Verwaltungsteilen von den Besatzungsbehörden. Diese Selbständigkeit hat sich inzwischen auch auf ein Gebiet erstreckt, das die deutschen Sozialisten seit langem ihr besonderes Interesse widmen, auf die Überführung privatkapitalistischer geleiteter Industrien in Staatsbesitz. Es war anfänglich keineswegs so sicher, ob das kapitalistische Amerika sich in dieser Frage völlig neutral verhalten würde. Schwankungen und Meinungsverschiedenheiten auf amerikanischer Seite traten besonders bei der Abstimmung über die neue hessische Landesverfassung zutage, die u. a. die Nationalisierung und Kontrolle von Industrien, Banken und Versicherungsgesellschaften vorsah. Die einzige "Sinnstimmung" der Amerikaner bestand schliesslich darin, dass der amerikanische Generalleutnant Lucius D. Clay erwiderte, dass der Nationalisierungsparagraf gesondert zur Abstimmung gestellt werden müsse. Mit dieser Regelung wurde eine Praxis eingeführt, die das Recht der Entscheidung darüber, ob nationalisiert werden soll oder nicht, in die Hände der deutschen Bevölkerung legt.

Es wird in Deutschland interessieren, dass selbst ausgesprochen konservative amerikanische Kreise erkannt haben, wie verfehlt es wäre, wenn Amerika versuchen würde, seine kapitalistische Ideologie zu fördern

aufzuzwingen, in denen das kapitalistische System versagt hat. Einer der führenden Sprecher dieser konservativen Kreise hier in Amerika ist der aussenpolitische Mitarbeiter der "New York Herald Tribune", Walter Lippmann. Unmissverständlich erklärte Lippmann in einem seiner Artikel: "Die zerstörte und zerrüttete Wirtschaft Europas kann nicht durch das Privatkapital wieder aufgebaut werden". Es sind selbstverständlich nicht sozialistische Grundsätze, die Lippmann zu dieser Feststellung bringen, sondern praktische Einsichten von dem, was notwendig ist. Überdies fehlt es in Europa und überall an Persönlichkeiten für grosse private Unternehmungen. Zu viele sind ihrer Gesundheit beraubt oder von den Nazis getötet worden, zu viele andere haben sich durch die Zusammenarbeit mit den Nazis hoffnungslos diskreditiert. "Free enterprise", so fährt Lippmann fort, "so wie wir es hier in diesem Lande verstehen und praktizieren, ist kein praktisches System mehr für Nachkriegseuropa. 'So hart es auch für uns sein mag', so schliesst Lippmann die in seinem Munde fast sensationell wirkenden Feststellungen, "anzuerkennen, dass der Sozialismus in Europa notwendig ist; obgleich wir ihn für unser Land ablehnen - wir haben uns mit dieser Tatsache abzufinden, wenn uns Frieden und Wiederaufbau mehr bedeuten, als die Verteidigung unserer eigenen Ideologien ausserhalb unserer Grenzen".

Es ist natürlich sehr schwer zu sagen, ob Lippmann für eine Mehrheit oder nur für eine Minderheit der Amerikaner in der von ihm mit so ungeschwinkter Offenheit behandelten Frage spricht. Sicher ist jedoch, dass weite Kreise realistisch denkender und teilweise sehr einflussreicher Amerikaner Lippmann's Auffassung weitgehend teilen, auch wenn sie in ihrem eigenen Lande als konservativ gelten. (b/A 19/242/1/hs)

AFL für deutschen Wiederaufbau

Eine Kommission der "American Federation of Labor", die kürzlich aus Deutschland wieder in die Vereinigten Staaten zurückkehrte, hat in einem Bericht an die Leitung der AFL darauf verwiesen, dass die Wiederbelebung der deutschen Industrie eine unbedingte Notwendigkeit ist, wenn 65 Millionen Deutsche am Leben bleiben sollen. Der Bericht spricht sich sehr dringend für die Beseitigung des Vierzonen-Besatzungssystems und die Schaffung einer deutschen Zentralregierung aus. Die Kommission kritisiert u. a. eine in der amerikanischen Besatzungszone beobachteten Tendenz einer Art inoffiziellen Unterstützung der konservativen Elemente unter den Deutschen und fordert, dass den deutschen Gewerkschaften eine grössere Rolle bei dem wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau eingeräumt werden soll. (b/A 19/252/1/hs)

Churchills Popularität sinkt

Zu einem interessanten Ergebnis führte eine Rundfrage des Gallup-Instituts in England "Wen würden Sie als Premierminister vorschlagen, wenn Clement Attlee plötzlich etwas zustossen sollte?" lautete die Frage, mit der man sich an die englische Bevölkerung wandte. 27 Prozent aller Befragten entschieden sich für den derzeitigen Aussenminister Ernest Bevin und bekundeten damit zugleich ihr Einverständnis mit der von Bevin eingeschlagenen Linie in der englischen Aussenpolitik. 15 Prozent traten für Anthony Eden als eventuellen Nachfolger Attlees ein und nur 10 Prozent stimmten für Winston Churchill. Daraus ergibt sich der Schluss, dass Churchills Popularität erheblich gesunken ist - wenigstens in seinem eigenen Vaterlande. (m/B 10/252/1/hs)

Trotz Papierknappheit auf Vorkriegsniveau

V.S., Amsterdam, Mitte Februar

Nach der Befreiung wurden alle holländischen Zeitungen, die während der deutschen Besatzungszeit erschienen waren, verboten, darunter auch die ehemals führenden Amsterdamer Blätter "De Telegraaf" und "Algemeen Handelsblad" und die Rotterdamer Zeitung "Nieuwe Rotterdamse Courant", die sich vor allem als Handelszeitung eines internationalen Rufes erfreute. Alle diese Zeitungen hatten während der Besatzungszeit mehr oder minder im Dienste der deutschen Propaganda gestanden und waren von deutschen Pressstellen oder ihren holländischen Vertrauensmännern streng kontrolliert worden.

An die Stelle der alten bekannten Amsterdamer Blätter traten nach der Befreiung Zeitungen mit völlig neuen Namen, die jedoch während der Besatzungszeit als illegale Blätter bereits starke Verbreitung gefunden und sich damit einen Ruf und Namen erworben hatten. Zu diesen ehemaligen illegalen Blättern, die sich schnell durchzusetzen konnten und die heute als führende Tageszeitungen zu bezeichnen sind, gehört vor allem "Het Vrije Volk", ein unabhängiges Nachrichtenblatt, ferner "Het Vrije Volk", das Organ der ehemaligen Sozialdemokratischen Partei, die in der zur Regierungskoalition gehörenden "Partei der Arbeit" aufgegangen ist, und die Sprachrohr der antirevolutionären Partei "Opbouw", das sich ebenfalls in der Besatzungszeit als illegales Blatt bewährt hat. Neben der kommunistischen "Jarenheid" findet auch das Amsterdamer katholische Blatt "de Volkskrant" neuerdings starke Beachtung, besonders seitdem die katholische Volkspartei sich bei den letzten Parlamentswahlen als die stärkste Partei Hollands erwiesen hat. Auch in Den Haag, Rotterdam und allen anderen Städten erscheinen jetzt neue Blätter mit neuen Namen, die sich während der Besatzungszeit als Kampfblätter Verdienste erworben haben.

Erst allmählich fand man sich bereit, einigen früher sehr verbreiteten Tageszeitungen das Erscheinen wieder zu gestatten, nachdem Verlag und Redaktionsstab einer gründlichen "Säuberung" unterzogen und zum Teil völlig neu gebildet worden waren. So konnten "Algemeen Handelsblad" und das katholische Blatt "De Tijd" in Amsterdam wieder erscheinen, während in Rotterdam der "Nieuwe Rotterdamse Courant" und auch das katholische Blatt "de Maasbode" wieder erscheinen durften. Der "Telegraaf" in Amsterdam wird, wie man hört, bis auf weiteres allerdings nicht erscheinen, da er sich durch seine Haltung während der Kriegszeit zu stark kompromittiert habe.

Obwohl die Auflagen der Tageszeitungen in kürzester Zeit wieder ihre friedensmässige Höhe erreichten, hatten Inhalt und Qualität zunächst vielfach noch unter der grossen Papierknappheit zu leiden. Bis zum 1. November 1946 durften die holländischen Tageszeitungen nur mit vier Seiten im kleinsten Format und zweimal wöchentlich nur mit acht Seiten erscheinen, während sich die Wochenzeitungen und sonstigen Zeitschriften, die bereits ungewöhnlich zahlreich sind und sich ständig vermehren, aus unbekanntem Grund einen bedeutend grösseren Umfang gestatten dürfen.

Seit dem 1. November 1946 wird den Tageszeitungen mehr Papier zur Verfügung gestellt, so dass sie nun täglich mit vier Seiten in Grossformat oder acht Seiten in kleinem Format erscheinen und gelegentlich sogar noch stärkeren Umfang haben dürfen. Da die führenden Zeitungen auch wieder ihr eigenes Auslandskorrespondenten haben, gleicht das Gesamtbild nach Inhalt und Inhalt doch schon stark dem der Vorkriegszeit. (S/Al6/222/1/10)

Drahtzieher und Landsknechte

Die Verhaftung zahlreicher höherer SS-Offiziere und Militaristen, deren Namen bisher nur zum Teil bekanntgegeben wurden, scheint denen Recht zu geben, die behaupten, es gäbe eine umfassende nazistische Untergrundbewegung, wie das unter anderem der kürzliche Bericht des "Internationalen Komitees für das Studium europäischer Fragen", kurz der Vangittart-Herriot-Bericht genannt, tat. Andererseits hatte General MacFarney noch am 10. Februar erklärt, es gäbe keine Anzeichen für irgendeine organisierte nationalsozialistische Bewegung in Bayern. Er habe in den vergangenen acht oder zehn Monaten eine umstürzlerische Tätigkeit gefedert erwartet und sei überrascht, dass sie nicht stärker sei. Rückschauend gesehen, hat diese Erklärung wohl vor allem den Zweck gehabt, die Verschwörer in Sicherheit zu wiegen. Auch die ähnlichen Vorgänge und Erschütterungen, die der jetzigen Entdeckung vorangingen, wie die "Deutsche Freiheitspartei" der zwölf kläglichen Figuren, die Anfang Jenner in Lübeck vor Gericht standen, im vorigen Jahr die "Axmann-Revolution" und zuletzt der Fall Siegfried Kabus und sein Anhang liegen auf der gleichen Linie. In allen diesen Fällen hatten sich alte Naziaktivisten "Stasstrupps", um in ihrer eigenen Sprache zu sprechen, zusammengefunden, um ihrer Landsknechtenatur und ihrem politischen Unverständnis entsprechend "Hitler zu spielen".

Das deutsche Volk in seiner ganz überwiegenden Mehrheit hat - so unzufrieden es heute mit seinem Leben sein und so sehr es zur Kritik an jeder Obrigkeit neigen mag - absolut nichts mehr mit dem Nationalsozialismus im Sinne, denn es hat wohl begriffen, dass es letzten Endes die gesamte Bewegung des organisierten Volksbetruges alles heutige Unglück zu verdanken hat. Wir wollen die Angelegenheit der neuesten Verhaftungen nicht künstlich verharmlosen. Mindestens ebenso falsch wäre es aber, ihnen ein Gewicht zu geben, das sie nicht besitzen. Im Ausland gibt es heute leider weiße Kreise, die in diesen Vorkommnissen nur - bzw. zu geringe Ereignisse von weittragender symptomatischer politischer Bedeutung sehen wollen. Gefahren, die mit einer unzureichenden politischen Säuberung zusammenhängen, gibt es ohne Zweifel, aber sie liegen wo anders. Sie liegen in den Personen, die sich nicht mit solchen konspirativen Spielereien beschäftigen, sondern damit, von günstigen und meist gut getarnten Verwaltungsposten oder wirtschaftlichen Positionen aus auf dem Wege der direkten Einflussnahme den Gang der politischen Entwicklung nach ihren heimlichen Absichten zu lenken. - Ob es sich aber nun um jene relativ harmlosen politischen Landsknechte oder um die Gruppe der viel gefährlicheren Drahtzieher handelt, die erst den geistigen Boden für jene Revolution schaffen und dies auf die verschiedenartigste und oft sehr raffinierte Weise tun - dass sie also so zahlreich noch frei herumlaufen können, ist ganz gewiss ein schwerer Fehler und weist auf Lücken der Erfassung dieser Elemente hin, die schlaunigst geschlossen werden sollten. (w/1/252/1/ha)

Die soziale Struktur des Unterhauses

Einen aufschlussreichen Einblick in die soziale Struktur des englischen Unterhauses vermittelt eine Untersuchung, die Dr. I. A. Pitso der Universität Manchester anstellte und über deren Ergebnis er im "British Journal of Psychology" berichtet. Sie zeigt vor allem den starken Wandel, der in der Zusammensetzung des Unterhauses in den letzten Jahrzehnten erfolgt ist. Während früher der englische Landadel und die Geistlichkeit die meisten Abgeordneten stellten, stammt die Mehrheit der jetzigen Unterhausabgeordneten aus einfachen Arbeiterfamilien.

Rund 55% der Labour-Abgeordneten sind Söhne gelernter Handarbeiter und weitere 10% geben als Beruf ihrer Väter "ungelernte Arbeiter" an. Von den Labour-Abgeordneten besuchten die meisten nur die Volksschule und bemühten sich dann, durch den Besuch von Abendschulen ihre Wissens- und Bildungslücken aufzufüllen. Von den konservativen Abgeordneten dagegen besuchten 78% die Volks- und Mittelschule, und der überwiegende Teil von ihnen verfügt auch noch über Hochschulbildung. Insgesamt studierte rund die Hälfte aller Abgeordneten auf einer Universität, doch übertrifft die Zahl der konservativen Abgeordneten mit Hochschulbildung die der Labourparty erheblich. Von den Tories begannen an die 40% ihre Laufbahn im Militärdienst, während von den Labour-Abgeordneten die Überwiegende Mehrheit als Handarbeiter, Laufjungen oder Büroangestellte begannen. Von ihnen sind jetzt mehr als die Hälfte durch ihre politische Tätigkeit voll in Anspruch genommen, während nur 40% der Konservativen die Politik berufsmässig betreiben. Als der reichste englische Abgeordnete gilt der derzeitige parlamentarische Sekretär im Transport-Ministerium, George Strauss, dessen Jahreseinkommen auf 40.000 Pfund geschätzt wird. (m/Blo/252/1/hs)

Russland fördert das "Freie Deutschland"

Mit der Arbeit und Zusammensetzung des Komitees "Freies Deutschland" das sich nach dem Fall Stalingrads bildete und zweifellos starken Einfluss auf die Moral der deutschen Truppen ausübte, beschäftigt sich jetzt der Frankfurter Korrespondent der "New York Herald Tribune". Nach seiner Ansicht, die sich offenbar auf beweiskräftiges Material stützt, bildet das Komitee "Freies Deutschland" der mögliche Kern einer zukünftigen Reichswehr. Es habe zwar seine Rundfunksendungen eingestellt, arbeite aber unter der Führung von Generalleutnant von Seidlitz und Generalmajor Otto Korfes, einem ehemaligen Professor der Universität Göttingen, weiter. Nach dem Bericht der "New York Herald Tribune" habe Korfes kürzlich nach Hause geschrieben, "alles geht nach Wunsch", und aus anderen Mitteilungen ergebe sich, dass er eifrig dabei sei, die Lige der kriegsgefangenen Wehrmachtsoffiziere in eine politisch einheitliche Gruppe zusammenzuschweißen. Generalfeldmarschall Paulus, der in einer komfortablen Villa bei Moskau lebe, habe sich durch seine sture Anhänglichkeit an Hitler die Feindschaft vieler gefangener Offiziere zugezogen und trete deshalb nicht mehr so stark in Erscheinung. Man nehme an, dass das Komitee "Freies Deutschland" später einmal die Rolle des ehemaligen "Stahlhelms" spielen sollte und eines Tages von den Russen als politisches Werkzeug verwendet werde. Von den Sowjets würden Mitglieder des "Freien Deutschland" in kleinen Gruppen aus den Gefangenenlagern entlassen und zum Teil auf wichtigen Posten in der russischen Besatzungszone eingesetzt. So sei jüngst Oberst Seidel aus dem Stabe von Paulus zum stellvertretenden Leiter der zentralen landwirtschaftlichen Verwaltung in Berlin ernannt worden. Der Kern des Komitees "Freies Deutschland" bildeten die bei Stalingrad gefangengenommenen Soldaten der 6. Armee, die von den Russen in besonderen "Stalingradlagern" untergebracht worden seien. Sie würden bevorzugt behandelt, erhalten, wenn sie arbeiteten, besondere Kleidung und Vorflegung und bekämen zum Teil bessere Kost als ihre russischen Besatzer. Die Offiziere dürften ihre Uniformen und Abzeichen behalten und würden von den russischen Offizieren sehr kameradschaftlich behandelt. Man versuche nicht, den Mitgliedern den Kommunismus zu oktroyieren, sondern suche ihnen klar zu machen, dass Russland ein starkes, zentralisiertes Deutschland begrüsse, das selbstverständlich in engem, freundschaftlichem Kontakt zu Russland stehen müsse. Man glaube, so sagt der Bericht schliesslich, dass nach ihrer Rückkehr in ihre Heimat sich die Mitglieder des Komitees für eine enge Zusammenarbeit Deutschlands mit Russland einsetzen, und eines Tages eine wichtige Rolle in Deutschland spielen würden. (m/Blo/252/1/hs)